



## **Haushalt 2012**

### **Haushaltsrede 2012**

Stadtkämmerin Grabe-Bolz am 06.10.2011,  
Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

- Es gilt das gesprochene Wort. -

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,  
sehr geehrte Damen und Herren,

der Haushalt ist ein in Zahlen gegossenes Programm, das für die Stadt Gießen die Rahmen- und Gestaltungsbedingungen vorgibt.

Die Finanzplanung einer Stadt dient dazu, den Menschen in unserer Stadt jeden Tag eine Lebensgrundlage zu bieten;

Grundlage dafür, dass wir gut zusammen leben können;

dass wir Chancen sehen und ergreifen können, die uns voranbringen;

dass wir Menschen mitnehmen, die dies nicht aus eigener Kraft schaffen;

dass wir Herausforderungen für die Zukunft erkennen.

Insofern muss die Finanzplanung unserer Stadt für das kommende Jahr und die kommenden Jahre mehr sein als eine bloße Existenzgrundlage:

Sie muss Raum für Gemeinsinn geben; gesellschaftliches Leben, eine nachhaltige Stadtentwicklung, den Bildungs- und Wirtschaftsstandort fördern und stärken.

Diesem Bedarf und gesellschaftlichen Notwendigkeiten nachzukommen, ist angesichts der sehr begrenzten finanziellen Mittel eine besondere Herausforderung.

Unsere Rahmenbedingungen zwingen uns, Schwerpunkte setzen:

Ein Schwerpunkt dieses Haushalts liegt – in dem überschaubaren Maße, den wir verantworten konnten – im Bereich der Bildung und Erziehung.

Wir investieren gezielt – und in guter Zusammenarbeit auch mit unterschiedlichen Trägern - in den Ausbau der Betreuung von Kindern unter drei Jahren.

Wir tun dies, weil wir überzeugt davon sind, dass gute Kinderbetreuungsangebote wichtig sind, damit Eltern, besonders Frauen eine berufliche Zukunft haben;

weil wir überzeugt davon sind, dass es Kindern besser geht, wenn Eltern nicht entscheiden müssen zwischen Kindern und einer beruflichen Chance.

Wir tun dies auch, weil wir überzeugt davon sind, dass gute Kinderbetreuungsangebote einer der wichtigsten Standortvorteile für eine Universitätsstadt und ihren Arbeitsmarkt sind.

Und wir tun dies, weil wir es unseren Familien schuldig sind, sie nicht alleine zu lassen in einer Lebens- und Arbeitswelt, die hohe Anforderungen an jeden Einzelnen stellt – Anforderungen der Verfügbarkeit, der Kontinuität von Erwerbsbiographien und persönlicher Flexibilität.

Dieser Haushalt zeigt aber auch, dass wir unserer Verantwortung gegenüber den Schulen gerecht werden wollen, gegenüber den Orten, in denen Bildung erst möglich wird, Orten, an denen sich auch entscheidet, wer eine Chance in dieser Gesellschaft bekommt und wer nicht.

Auch wenn wir uns an der einen oder anderen Stelle nach der Decke strecken müssen, wollen wir zeigen, dass uns die Sanierung der Schulen wichtig und ernst ist.

Ein großer Teil des Investitionsvolumens geht in diesen Bereich.  
Es müsste mehr sein.

Aber: Wir befinden uns in einer Situation, die wir aus eigener Kraft und ohne Unterstützung nicht stemmen können.

Und das hat verschiedene Ursachen.

Es war ein Novum, als vor wenigen Tagen alle drei hessischen kommunalen Spitzenverbände gemeinsam vor die Presse traten und einen Hilferuf starteten:

Die Städte, Gemeinden und Landkreise sind chronisch unterfinanziert.

Der kommunale Finanzausgleich wird weiter geschröpft und zusammengestrichen.

Die kommunalen Aufgaben können nicht mehr erfüllt werden, es herrscht – trotz Konjunktur-Aufschwungs – Notstimmung in der kommunalen Familie.

Der Gemeindefinanzbericht des Deutschen Städtetages warnt deshalb:

Auch wenn die Steuereinnahmen steigen, bleibt die Strukturkrise bestehen.

Der Geschäftsführer des Städtetages, Dr. Stephan Articus, formulierte es treffend:

„Die konjunkturelle Erholung erreicht nicht alle Kommunen gleichermaßen.

Die Schere zwischen armen und reichen Städten geht weiter auf.“

Ein Zeichen dafür sind die wachsenden Kassenkredite, die bundesweit auf Rekordhöhen angewachsen sind.

Auch wir mussten die Grenze erhöhen.

Schuld daran sind bundesweit vor allem wachsende Sozialausgaben – die gerade ärmere Kommunen weiter in den Ruin treiben, weil sie keine Chancen haben, diese Ausgaben zu kompensieren.

Weil die geeigneten Finanzhilfen der Länder fehlen;  
und weil diese Kommunen – wie Gießen auch – wenige Möglichkeiten haben, die Löcher über eigene Einnahmen zu stopfen.  
Die gute Nachricht heißt: Wir sind also nicht allein.

Die schlechte: Bislang ist kein Retter aus dieser Notlage in Sicht.

Im Gegenteil: Alle Maßnahmen, die zurzeit angekündigt oder auch nur diskutiert werden, werden unsere Lage nicht verbessern.

Ich möchte Ihnen nun unseren Haushalt im Überblick vorstellen:

Der Gesamtergebnishaushalt schließt mit rund 1 Mio Euro verbessert ab als im Vergleich zu 2011.

Aber es besteht noch immer ein Defizit von 28,1 Mio Euro!

Und die Finanzplanung der kommenden Jahre sieht auch keine Perspektiven zur Erholung.

Wir haben zwar rund 10,1 Mio mehr ordentliche Erträge aus vor allem Steuereinnahmen und Schlüsselzuweisungen.

Ein Zeichen für die anziehende Konjunktur im Land, aber auch ein Zeichen dafür, dass wir mehr Hilfe bekommen, weil unsere eigene Steuerkraft gesunken ist.

Nebenbei: Wäre der Finanzausgleich im vergangenen Jahr nicht gekürzt worden, hätten wir 1-2 Mio. mehr auf dem Konto!

Wir haben aber nicht nur mehr Einnahmen, sondern auch rund 10 Mio mehr Aufwendungen.

Vor allem, weil wir trotz der Senkung des Hebesatzes durch den Kreisausschuss faktisch 2,1 Mio mehr Kreisumlage bezahlen müssen.

Daneben drückt uns die Last der nach wie vor ansteigenden Kosten der Jugendhilfe stark.

Auch wenn teilweise noch Erstattungen geleistet werden, beträgt die Differenz aus Erträgen und Aufwendungen rund 17 Mio Euro.

Das ist unhaltbar und ein gesetzgeberischer Mangel, gegen den wir auch vor Gericht gegen das Land streiten, wie Sie wissen.

Rund 1,7 Mio Euro mehr investieren wir – ich kündigte es bereits an - für den Ausbau der Kinderbetreuung U3 und für höhere Betriebskosten der Kitas.

Diese Leistungen übernehmen wir, wie ich ausführte, in voller Überzeugung. Allerdings würden wir dafür auch gerne staatliche Hilfen in Anspruch nehmen.

Denn Kinderbetreuung ist eine gesellschaftliche Gesamtaufgabe, wie der Bundesgesetzgeber ja richtig festgestellt hat.

Aus Verantwortungen entstehen aber auch Verpflichtungen!

Sie sehen: Weder über die großen Positionen der Aufwendungen, noch über die bedeutenden Posten der Erträge bestimmen wir selbst.

Denn: Das Gros des Gesamtergebnishaushaltes ist gebunden  
- gesetzlich oder vertraglich.

Aus allen anderen Verpflichtungen können wir nicht einfach so von heute auf morgen aussteigen.

Alle anderen Leistungen müssen wir erbringen.

10,3 Mio. oder 5,5 Prozent des Ergebnishaushalts sind sogenannte freiwillige Leistungen;

Leistungen, zu denen uns keiner zwingt, die wir aber erbringen wollen, weil wir ein gemeinsames gesellschaftliches Leben in unserer Stadt brauchen.

Dazu helfen die Zuschüsse für soziale Vereine und Verbände, für Sport und Altenhilfe, für Kultur, die wir damit bezahlen.

Mit diesen 10,3 Mio. unterstützen wir Gruppen, Initiativen, Einrichtungen, die – wenn wir es einmal richtig rechnen würden – ein Vielfaches an Wert mehr bringen als jene 10,3 Mio., die wir dafür ausgeben.

Das ist nur ein Beispiel dafür, dass dieser Haushalt keinen finanzpolitischen Königsweg weisen kann.

Echte Entlastung, echte Gestaltungsfreiheit bekommen wir nur, indem wir langsam und Stück für Stück im Ergebnishaushalt konsolidieren; indem wir behutsam umsteuern.

Unsere Stadt im o.g. Sinne entwickeln und gestalten, kann nur gelingen, wenn wir

**1.  
gemeinsam daran arbeiten, die Verteilungsungerechtigkeiten im kommunalen  
Finanzausgleich zu beheben.**

Das ist zwar das schwierigste Unterfangen, gleichzeitig ist es für Gießen das Wichtigste:

20 Prozent, nämlich 36 Mio Euro, unserer Gesamterträge in Höhe von 177,5 Mio Euro kommen aus Schlüsselzuweisungen.

Wir sind an Platz 6 der höchsten hessischen Bezieher von staatlichen Transferleistungen!

Weitere 14 Prozent, 24 Mio Euro, unserer Einnahmen stammen aus Steuereinnahmen, vorrangig die Einkommenssteueranteile.

Dazu müssen wir als kreisangehörige Stadt auch die steigenden Kosten der Kreisumlage tragen.

Obwohl der Kreistag die Kreisumlage für 2012 um 1,5 Prozent reduziert hat, müssen wir erneut 2,1 Mio Euro mehr einstellen, also insgesamt 22,7 Mio Euro.

Wäre der Satz bei 50% geblieben, hätten wir noch mal 660.000 Euro drauflegen müssen. Dennoch bleiben die steigenden Kosten der Kreisumlage einer der Hauptverursacher unserer gestiegenen Aufwände in diesem Jahr.

Das heißt: Wir hängen damit deutlich stärker am Tropf des Landes und des hessischen Verteilungssystems als andere Städte.

Und sind gleichzeitig stärker abhängig von jeder Änderung in diesem Transfersystem.

Im Vergleich: Gewerbesteuer und Grundsteuer als ursprünglichste kommunale Einnahmequelle bescheren uns lediglich 22 Prozent unserer Erträge!

Weitere Einschnitte im Finanzausgleich, wie sie nun schon wieder geplant sind, darf es nicht geben!

Auch die von der Landesregierung diskutierte Pflicht zur zwangsweisen Anhebung der Kreisumlagen darf es nicht geben!

Auch diese geht stark zulasten der Stadt Gießen!

Selbst der so wohlklingende Entschuldungsfond unseres Ministerpräsidenten muss genau daraufhin geprüft werden, ob er Vorteile bringt oder uns nur noch mehr an die Kandare nehmen will.

Wir müssen überprüfen, ob durch solche Vorhaben nur weiter die Kommunale Selbstverwaltung ausgehöhlt wird.

Wenn unser Gestaltungsspielraum weiter so rapide sinkt, wenn wir faktisch nicht mehr über unsere Haushalte bestimmen, dann schaffen wir uns tatsächlich selbst ab. Denn wofür sollten wir überhaupt noch gewählt werden?

Auf europäischer Ebene singen wir alle das Lied der nationalen Souveränität und beschließen doch quer über alle Parteien Rettungsschirme, um das Gesamtgebilde Europa aufrechtzuerhalten.

Vielleicht bräuchte es ein ähnliches Denken im Umgang mit der Rettung der Kommunen.

- in Gießen mehr als anderswo;

weil wir – im Gegensatz zu anderen Kommunen – aufgrund unserer Strukturschwäche der staatlichen Hilfe bedürfen.

Deshalb bitte ich Sie:

Helfen Sie dabei diese Lobbyarbeit auf allen Ebenen zu verstärken!

Helfen Sie dabei, auch konkrete Gerechtigkeitslücken, die wir wie im Beispiel unserer Klage gegen das Land im Jugendhilfelastenausgleich aufdecken, zu schließen.

Helfen Sie dabei, systematische Nachteile, die uns zum Beispiel um unsere Grundsteuereinnahmen bei staatlichen Behörden bringen, abzubauen!

Helfen Sie bei der in den nächsten Jahren anstehenden Strukturreform des Kommunalen Finanzausgleichs den Sonderstatus zu stärken und die Finanzierung der Schulträgerschaft neu zu regeln!

Jede Verbesserung auf diesem Feld wird uns dauerhaft helfen, handlungsfähiger zu werden.

Ich möchte aber auch dafür werben, dass wir

**2.**

**beweisen, dass wir bereit sind, selbst umzusteuern**

– in dem Maße, in dem wir dies können.

Unser kurzfristiges Ziel ist angesichts der Lage aus dem Wenigen, was uns zur Gestaltung verbleibt, das Maximum an Wirkung herauszuholen.

Diesen Geist muss das Haushaltskonsolidierungskonzept, das im Dezember zusammen mit dem vorliegenden Haushaltsplan verabschiedet werden soll, atmen.

Es wird dabei um Einsparungen, aber auch um die Sicherung von eigenen Erträgen gehen.

Der Vorschlag, den Hebesatz für die Grundsteuer B zu erhöhen, liegt Ihnen heute ebenfalls zur Beschlussfassung vor.

Die Prüfung weiterer Vorschläge wird zurzeit verwaltungsseitig vorangetrieben.

Wenn wir dann zur gegebenen Zeit darüber diskutieren, ob die Straßenreinigung, der Gewerbeabfall oder auch die eine andere Benutzungsgebühr im verträglichen Maße angehoben werden kann, bitte ich Sie herzlich, sich an diesen Gesamtzusammenhang zu erinnern.

Manch ein politisches Gefecht taugt vielleicht kurzfristig zur eigenen Profilbildung.

Für den notwendigen Gesamtprozess, auch kleine Schritte aus der Misere zu suchen, sind solche Debatten wenig zuträglich.

Zumindest zwei der heutigen in diesem Hause vertretenen Oppositionsparteien waren vor kurzem noch in Regierungsverantwortung.

Auch Sie hätten heute in großen Zügen keinen anderen Haushalt präsentieren können.

Auch Sie hätten vor dem Problem gestanden, irgendwann einmal Farbe zu bekennen. Denn das, was Sie uns im Bereich des Gesamtfinanzhaushalts an Verpflichtungen und Erbschaften hinterlassen haben, ist leider auch ein Teil des Problems, dem wir uns heute stellen müssen.

Denn auch die Zinsen aus den vielfältigen Investitionen auf Pump, die wir zu bezahlen haben, belasten den Ergebnishaushalt, und das nicht gering.

Die Nettozinsbelastung des Haushalts 2012 beträgt rd. 11 Mio. €.

Im Jahr 2005 waren das noch rd. 4,2 Mio. €.

Innerhalb von 8 Jahren also eine Steigerung der Zinsbelastung von rd. 6,8 Mio.

Dieses Dilemma zeigt sich übrigens auch bei den Kassenkrediten:

Weil wir insbesondere durch eine für unsere Verhältnisse allzu rege Investitionstätigkeit mehr auszahlen müssen als Einzahlungen zu erwarten sind, muss der Kassenkreditbestand auf 80 Mio. erhöht werden.

Wir werden dieses Niveau im Durchschnitt sicher nicht über längere Zeit erreichen.

Und insgesamt nehmen die Kassenkredite in vielen Städten und Gemeinden zu – ein Zeichen von chronischer Unterversorgung der Kommunen insgesamt und ein Alarmsignal.

Wobei ich nun beim dritten Punkt meiner finanzpolitischen Anliegen bin - beim **Gesamtfinanzhaushalt und dem Umgang mit Investitionen.**

Die vielfältigen Entscheidungen, die dieses Haus in unterschiedlichsten Konstellationen in der Vergangenheit getroffen hat, führen dazu, dass wir in diesem Jahr keinen Neuanfang machen können.

Die Investitionsauszahlungen werden nochmals um 2 Mio Euro auf rund 36,2 Mio Euro steigen.

Darüber hinaus werden auch im Haushalt 2011 Haushaltsausgabereste für laufende Projekte in Höhe von über 20 Mio Euro entstehen.

Zur Finanzierung dieser Investitionen müssen 31 Mio Euro Darlehen aufgenommen werden.

Gleichzeitig stehen planmäßige Tilgungen von rund 23,8 Mio Euro an.

Die Nettoneuverschuldung beträgt somit rd. 7,1 Mio Euro.

Damit werden wir voraussichtlich einen Gesamtschuldenstand in Höhe von 240 Mio Euro zum Ende des Jahres 2012 erreichen.

Im Großen und Ganzen vollziehen wir damit Projektbeschlüsse und Entscheidungen der vergangenen Jahre.

Im Überblick:

Für die Landesgartenschau und Begleitmaßnahmen der Landesgartenschau sollen 8,8 Mio Euro investiert werden.

Die Rad- und Fußgängerbrücke Sudetenlandstr.,  
der Investitionszuschuss für die GmbH,  
die Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes,  
die Aufwertung der Wieseck.

Für weiter dringende Schulbausanierungen wollen wir insgesamt 5,7 Mio Euro aufwenden.

Für Straßen und Brücken sind es rund 5,1 Mio.

Vergleichsweise weniger geht in den Bereich Kultur mit 1,6 Mio und in die Kitas mit 0,7 Mio Euro.

Die Tatsache, dass wir die Sanierung der Konrad-Adenauer-Brücke verschoben und es geschafft haben, durch den Verkauf unseres Parkhauses Roonstraße trotz vieler Widerstände und Konflikte Sanierungskosten zu sparen, bringt uns ein wenig Entlastung

– diese Verschiebung etwa 1 Mio. € im Jahr 2012.

Und natürlich muss man auch feststellen, dass wir eine Steigerung bei Zuweisungen und Zuschüssen haben – was insgesamt erfreulich ist.

Dennoch: Auch diese Detailansicht des Haushalts trägt:  
Für all unsere Investitionen erhalten wir nur eine durchschnittliche Zuschussquote von 28 Prozent.

Für die rd. 36 Mio eigene Investitionen kommen nur 10,3 Mio Euro von Zuschussgebern hinzu.

Von günstigsten Finanzierungsmöglichkeiten zu reden, von Chancen, die nie wieder kommen, ist darum eher ein Vokabular, das man vermeiden sollte.

Investitionen sind keine Schnäppchen.

Investitionen sind Entscheidungen, die man mit kühlem Kopf und in Abwägung aller Vor- und Nachteile treffen muss.

Sie wecken Begehrlichkeiten – sicher.

Aber es gehört auch zur Verantwortung der Budgetgeber und damit zu Ihrer Verantwortung als Stadtverordnete, ein Ausufern der Wunschliste zu verhindern, auch wenn es schwer fällt.

Was ich Ihnen heute vorlege, ist daher kein Wunschkonzert.

Diese Investitionen benötigen wir, auch wenn es weiter die Aufgabe des Magistrats sein muss, im Haushaltsvollzug alle Möglichkeiten des Begrenzens und Sparens wahrzunehmen.

Ich vertraue dabei darauf, dass das Regierungspräsidium die Kosten der Landesgartenschau bei seiner Prüfung zur Genehmigung des Haushalts unberücksichtigt lassen wird.

Denn ohne diese zusätzlichen Kosten käme unser Haushalt ohne Nettoneuverschuldung aus.

Ich sage dies in Überzeugung davon, dass alle anderen Investitionen im Vergleich zu dem, was eigentlich hätte investiert werden müssen, um diese Stadt funktionsfähig zu halten, gering ausfallen.

Und ich sage dies bewusst auch in Richtung der Schulen, die zu Recht auf eine Sanierung der Gebäude warten.

Ich weiß, dass es hier nicht um Luxusansprüche oder vergoldete Wasserhähne geht.

Es geht schlicht und einfach darum, dass Räume entstehen, in denen unsere Kinder lernen können.

Und das ist kein Luxusgut, sondern Verpflichtung für unsere Gesellschaft und Investition in Gegenwart und Zukunft.

Wir haben auch deshalb schwierigere Bedingungen für Investitionen, weil sich zum ersten Mal das Wegbrechen der Tilgungen aus der Ausgliederung des MAB/MWB auswirkt.

50 Mio Euro Darlehen haben die MWB von der Stadt erhalten.

Die Tilgungen sind nun ausgelaufen – uns fehlen damit gegenüber dem Vorjahr 7 Mio Euro an Einnahmen!

Dieser Betrag stand dem Vorgängermagistrat zur Gegenfinanzierung eigener Bauprojekte zur Verfügung.

Es ist natürlich das Privileg der Regierung zu bestimmen, was getan wird und was nicht.

Und es ist das Schicksal derer, die danach in Regierungsverantwortung kommen, damit umzugehen.

Eine neue Qualität von parlamentarischer Kultur wäre es jedoch, wenn diejenigen, die zu ihrer Zeit Entscheidungen getroffen haben, auch zu jener Zeit zu den Folgen dieser Entscheidungen stehen würden.

Ich glaube nicht, dass wir als Magistrat es Ihnen mit dem vorgelegten Haushalt besonders schwer machen.

Er enthält mangels Verteilungsmasse wenig wirklich Neues, an dem man sich politisch reiben kann.

Dafür enthält er ein Bekenntnis zu der finanzpolitischen Lebensfähigkeit unserer Stadt.

***Ich werbe dafür, dass Sie diese Signale mit tragen;  
dass Sie die drei Säulen, auf denen das Dach unserer Stadt ruht  
mit erbauen:***

- 1. die Lobbyarbeit für ein gerechteres Transfersystem,***
- 2. die Bemühungen bei den laufenden Kosten Einnahmen zu verbessern und***
- 3. Ausgaben zu beschränken und das notwendige Augenmaß bei der Forderung nach weiteren Investitionen zu legen.***

Der Prinz von Homburg wurde im gleichnamigen Stück, das gerade gegenüber im Stadttheater gegeben wird, von Hohenzollern gefragt:

„Ja, welcher Weg führt aus dieser Not?“ Es gab keinen direkten.

Keinen, der ohne Umwege aus dem Konflikt des Aufeinandertreffens verschiedener Weltanschauungen hinausgeführt hätte.

Letztlich hat nur die Annäherung der Positionen, das langsame Aufeinanderzubewegen der Meinungen und Einstellungen einen Ausweg gewiesen.

Lassen Sie uns ebenso mit den uns oft trennenden Politikansichten umgehen:

Lassen Sie uns gemeinsam – mit aller Bedachtsamkeit – nach Wegen suchen und die Aufgezeigten beschreiten – darum wissen, dass es so nicht einfach weitergehen kann, und wir beim Wettstreit um die richtigen Wege und dem Beschreiten der Wege das gemeinsame Ziel nicht aus den Augen verlieren:

Das Ziel:

- der Gestaltung unserer lebens- und liebenswerten Stadt Gießen!

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!